



ISSN 1019-0287

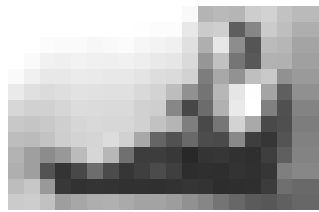
Preis 60,- LUF

27. Okt. 2000

erscheint freitags

27/10 - 5/11/2000

(film/tv/theatre/concert/events)



Elections '99

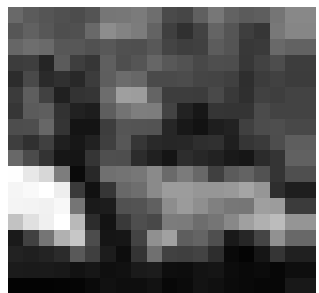
Les études politiques sont rares au Luxembourg. La cellule STADE du CRP Gabriel Lippmann s'est lancée dans une étude approfondie de notre système électoral, partant des résultats de 1999.

dossier, page 4

Europa und der Nahe Osten

Die EU meldet eigene Ansprüche im Nahen Osten an. Statt sich wie bisher an Positionen der USA anzulehnen, werden die nationalen Interessen arabischer Staaten mobilisiert.

interglobal, Seite 7



Portrait

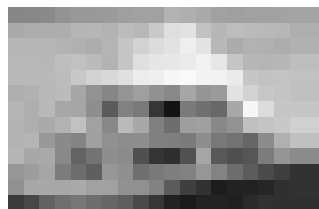
Actrice, metteuse en scène, Marja-Leena Juncker représente un théâtre social qui cherche à divertir en amenant le public à réfléchir.

magazine, page 9

Soziales Wohnen

Vom Luxemburger Unvermögen, sich den urbanistischen Problemen der Zeit zu stellen, zeugt eine Ausstellung rund um das billige Einfamilienhaus, die auf Kirchberg zu sehen ist.

lifestyle, Seite 13



Preis: 60 LUF



5 453000 211009

Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge



Hier im Don Bosco sind montenegrinische Flüchtlinge untergebracht. Für sie gibt es zur Zeit keine Perspektive in ihrer Heimat. In Luxemburg auch nicht: Arbeiten dürfen sie nicht und Ausnahmeregelungen wird es keine weiteren geben, so die Regierung. Dass die Luxemburger Bevölkerung aber ganz anders darüber denkt, zeigte eine ILReS-Studie im Auftrag der ASTI.

**dës woch,
Seite 3**

(Photo: Christian Mosar)

REGULARISIERUNG

Eine Regularisierung der "sans-papiers" scheint vor der Tür zu stehen - die politische Debatte, die ihr zugrunde liegen müsste, wurde allerdings bislang verschlafen.

*Ein Kommentar von
Renée Wagener*

Schon Ende dieses Jahres will sich die Regierung anscheinend Instrumente zu einer Regularisierung geben. Eine Schnelligkeit, die a priori durchaus positiv zu bewerten ist. Die Realität eines zweiten, schwarzen Arbeitsmarktes tritt auch in Luxemburg immer deutlicher hervor, derweil gleichzeitig in einigen Sektoren verzweifelt nach Arbeitskräften gesucht wird. Dass innerhalb der nächsten zwei Monate eine Prozedur zur Regularisierung funktionsfähig sein soll, ist nur deshalb möglich, weil sich die politisch Verantwortlichen für eine administrative Prozedur statt eines Regularisierungsgesetzes entschieden haben.

Tatsächlich hätte das Ausarbeiten eines Gesetzesprojekts zur Folge, dass die Situation der Betroffenen noch über Monate in der

momentan herrschenden Unklarheit verbliebe. Insofern ist die Entscheidung der Regierung sinnvoll. Allerdings bedeutet dies auch, dass öffentliche Information und Diskussion über die von der Regierung beabsichtigten Maßnahmen nicht gesichert sind: Eine politische Debatte, wie sie sich bei Gesetzesprojekten ergibt, muss nun aktiv herbeigeführt werden - falls sie denn gewünscht ist.

Dabei herrscht bislang gerade bei den großen Parteien in wesentlichen Punkten Unklarheit. Konsens besteht lediglich darüber, dass jene EinwanderInnen, die bei der Sozialversicherung gemeldet sind bzw. die einer Arbeit nachgehen, reguliert werden können. Der Teufel liegt allerdings im Detail, denn ohne einsichtige Arbeitgeber läuft in diesem Bereich nicht viel. Bei denje-

nigen dagegen, die in Luxemburg leben, ohne eine Arbeit vorweisen zu können - das können Familienmitglieder von Personen sein, die regulär eingewandert sind, oder Menschen, die ihre Arbeit verloren haben - gehen die Meinungen schon auseinander. Und schließlich gibt es die abgelehnten AsylbewerberInnen, die am wenigsten Sukkurs haben. Vor allem die Regierungsparteien argumentieren, es hieße das Asylgesetz seiner Wirkungskraft entheben, wenn diese Kategorie von Betroffenen Anspruch auf eine Regularisierung erheben könnte. Gerade sie machen aber einen großen Teil der Betroffenen aus. Und sie sind es auch, die oft am wenigsten Alternativen haben. Unter ihnen befinden sich zum Beispiel Fälle, in denen die sehr restriktive Auslegung der Genfer Konvention zu einer Ablehnung als politische Flüchtlinge geführt hat: Deserteure, die in ihrer Heimat der Verfolgung ausgesetzt sind.

Die Gefahr, dass nun eine Regularisierung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner stattfinden könnte, ist vielleicht aber weniger der Regierung anzulasten als dem Parlament selbst. Seit

Monaten steht das Thema an, kaum eine Partei konnte sich bislang aber zu einer öffentlichen Position durchringen. Der Vorschlag des Justizministers, eine Aktualitätsdebatte im Parlament abzuhalten, wurde in der parlamentarischen Kommission nicht gerade mit Enthusiasmus aufgegriffen. Dabei hätte es der Kammer gut zu Gesicht gestanden, selbst die Initiative zu einer solchen Debatte zu nehmen.

Während also die Regierung eifrig an "ihrer" Regularisierung werkelt, hat das Parlament nun noch anderthalb Monate Zeit, Akzente zu setzen. Es ist nur allzu deutlich, dass daran wenig Interesse besteht. Fast so wenig wie an einer Diskussion um die luxemburger Immigrationspolitik, die Arbeitsminister Biltgen schon angeregt hatte, und die den absurden Vorgang, die Flüchtlinge fortzuschicken und neue ImmigrantInnen herzuholen, deutlich dokumentieren würde. Fast hat es den Anschein, das Parlament würde sich lieber vor vollendete Tatsachen setzen lassen, als in kniffligen Fragen seiner Rolle gerecht zu werden.